

Pensionsreform in Österreich: Massive Kritik der Spitalärzte

Die Österreichische Ärztekammer (ÖÄK) wirft der Bundesregierung anhaltendes Desinteresse an den «schwerwiegenden sozialen und arbeitsrechtlichen Problemen» der Spitalärztinnen und Spitalärzte vor. Im Zusammen-

gen und Anliegen der zentralen Leistungsträger im österreichischen Gesundheitswesen geht». Wenn in der Pensionsfrage für Polizisten und Soldaten ein Modell gefunden werde, dann müsse dies auch für die Spitalärztinnen und Spitalärzte gelten, deren hohe Verantwortung und jahrzehntelange Belastung ausser Zweifel stehe. Spitalärztechef



Österreichische Spitalärzte:
«Aufoktroierter Raubbau»

hang mit der geplanten Einbeziehung von Polizisten und Soldaten in die Schwerarbeiterregelung spricht der Spitalärzteobmann, Harald Mayer, von einem weiteren Akt «instinktloser Desavouierung und Benachteiligung» der Ärztinnen und Ärzte im Pensionsystem. «Ärzte arbeiten in ihrem Berufsleben wegen durchgehender Dienste wesentlich mehr als der Durchschnitt. Deshalb fordern wir ein Lebensarbeitszeitmodell im Pensionsystem, das diesem Umstand Rechnung trägt», so Mayer. Hintergrund der Ärzteforderung sind der durch die überlange universitäre Ausbildung mit durchschnittlich 29 Jahren sehr späte Berufseintritt und die nicht adäquate Berücksichtigung der überlangen Arbeitszeiten des Berufsstandes. Ärztinnen und Ärzte erbringen bis zu ihrem 65. Lebensjahr aufgrund eines eklatanten Arbeitseinsatzes, laufender Nacht-, Feiertags- und Wochenenddienste eine Lebensarbeitszeit, die um 20 Prozent höher liegt als der Durchschnitt, der normalerweise in 45 Berufsjahren erreicht wird. Der für Spitalärzte zuständige ÖÄK-Vizepräsident und Chef der steirischen Ärztekammer, Dietmar Bayer, kritisierte die «seit Jahren zur Schau getragene Gleichgültigkeit der Regierung, wenn es um die berechtigten Forderungen

Mayer sprach in der Folge von einem «Skandal, dass die laufende Missachtung der gesetzlichen Arbeitszeitregelungen in Österreichs Spitälern von der Bundesregierung als systemimmanenter Rechtsbruch» zur Kenntnis genommen werde. Überarbeitung und Dauerstress der Spitalärzte seien «aufoktroierter Raubbau an den physischen und psychischen Kräften der Ärzte», der auch die Patienten gefährde. Mayer: «Die Stimmung der Ärztinnen und Ärzte nähert sich dem Siedepunkt. Bei weiterer Missachtung wird es schwer werden, nachhaltige Protestbewegungen hintanzuhalten.»

(Österreichische Ärztekammer)

Medizinstudium: Österreichische Ärztekammer begrüsst Quotenregelung

Als «Schritt in die richtige Richtung» begrüsst die Österreichische Ärztekammer (ÖÄK) die neue Quotenregelung, die im Nationalrat für die Medizin-Universitäten beschlossen werden soll. «Die Regelung ist aus unserer Sicht ausgewogen und trägt dem Bedarf an Ärzten im Inland und den vorhandenen Kapazitäten

an den Medizin-Universitäten Rechnung. Ausserdem beseitigt sie die Rechtsunsicherheit der ausländischen Studenten, der sie bisher bei ihren Bewerbungen ausgesetzt waren», erklärte der Präsident der Österreichischen Ärztekammer, Dr. Reiner Brettenthaler. Durch die vorgesehene Erprobungsphase könne die Regelung auf ihre EU-Tauglichkeit getestet werden. Ferner sei eine Studienplatzbewirtschaftung des Medizinstudiums aufgrund neuer praxisnäherer Curricula ohnedies schon lange überfällig, so der ÖÄK-Präsident. Brettenthaler hatte angesichts des Zustroms vor allem deutscher Studenten zum inländischen Medizinstudium seinerzeit vor der Möglichkeit eines Ärztemangels in Österreich gewarnt, da nicht zu erwarten sei, dass die ausländischen Studenten nach Beendigung ihres Studiums als Ärzte im Lande blieben. Gemäss der neuen Regelung sind ab dem Wintersemester 2006 drei Viertel der Studienplätze für Studenten mit österreichischen Maturazeugnissen reserviert. Das restliche Viertel geht an EU-Bürger (20 Prozent) und Nicht-EU-Bürger (fünf Prozent).

(Österreichische Ärztekammer)

Nur günstiges Insulin in der deutschen Grundversicherung

Das ZDF-Wirtschaftsmagazin «WISO» berichtet, dass teure Medikamente für Chronischkranke in der Gesetzlichen Krankenversicherung Deutschlands durch günstigere Alternativen ersetzt werden sollen. So sollen die Kosten für Insulinanaloge in Zukunft nicht mehr übernommen werden. Die gesetzlichen Krankenkassen zahlen dann nur noch das günstigere Humaninsulin. Das beeinträchtigt die Lebensqualität von Millionen Patienten, kritisiert der Deutsche Diabetikerbund. Der Vorsitzende des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA), Dr. Rainer Hess, kündigte in «WISO» weitere Einschnitte an: «Wir werden in der nächsten Zeit noch andere Medikamentengruppen auf ihre Kosten-Nutzen-Relation untersuchen.»

Geprüft werden soll auch das Kosten-Nutzen-Verhältnis von Medikamenten, die bei Bluthochdruck, Alzheimer, Asthma, koronaren Herzkrankheiten und Depressionen eingesetzt werden. Mit den Insulinanaloge will der G-BA zum ersten Mal ein Medikament ausschliesslich aus Kostengründen aus dem Leistungskatalog der Gesetzlichen Krankenversicherung nehmen. Bisher geschah dies nur, wenn die Wirksamkeit eines Präparates oder einer Therapie angezweifelt wurde. Die Wirksamkeit der Insulinanaloge ist unbestritten, nur kosten sie rund ein Drittel mehr als Humaninsulin. Die Privaten Kassen wollen Insulinanaloge auch weiterhin zahlen.

(Der Kassenarzt)